

## Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Zollernstraße 16 52070 Aachen

**DIE LINKE Fraktion** Zollernstraße 16 52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305 FAX: 0241 5198 2398

An Herrn

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 180

## Anfrage ,Privatisierungen und (Re-)kommunalisierungen im Kreis Aachen und in der Städteregion Aachen'

Aachen, den 19. Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

die kommunale Selbstverwaltung ist auf Art. 28 (2) des Grundgesetzes gestützt. Diese Norm beinhaltet, dass Städte und Kreise die "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung" selbst, d.h. mit eigenen Einheiten der Leistungserbringung zu erledigen haben. In den 90er Jahren bekam dieses traditionelle Bild der Selbstverwaltung Risse. Mit den Liberalisierungsgesetzen auf europäischer Ebene, einer allgemeinen Wettbewerbseuphorie, der Übernahme von Managementkonzepten aus der privaten Wirtschaft in "modernisierte" Verwaltungen und vor allem der Finanznot der Kommunen, die ihre Haushaltslöcher durch den Verkauf von Beteiligungen zu stopfen hofften, kamen vielerorts Privatisierungswellen ins Rollen. Es ist Zeit, eine systematische Bilanz zu erheben und aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen.

## Wie sieht es konkret in der Städteregion Aachen aus?

- 1. Welche Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge z.B. Krankenhäuser; Energieversorgung, Abfallentsorgung, Wasserbetriebe, ÖPNV und Wohnungsbaugesellschaften wurden im alten Kreis Aachen bzw. in der Städteregion seit 1990 bis heute
  - a) (teil)privatisiert?
  - b) durch Auslagerung von Aufgaben und Leistungen auf privatisierte Einheiten dem Haupteinfluss der öffentlichen Hand entzogen?
- 2. Aus welchen Beweggründen geschah dies?
- 3. Welchen (externen) Sachverstand hat der Kreis Aachen bzw. die Städteregion für die Entscheidung zur (Teil)Privatisierung hinzugezogen?
- 4. Wenn ja, welche Kosten entstanden dadurch?
- 5. Wurde der Prozess der Öffentlichkeit transparent gemacht:
  - a) Wurde die Bevölkerung im Vorfeld befragt/ beteiligt?
  - b) Wenn ja, wie geschah dies?

- 6. Welche Organisations- und Gesellschaftsformen wurden dabei gewählt?
  - a) kommunale Eigengesellschaften,
  - b) gemischtwirtschaftliche Kooperationsgesellschaften (Anteil kommunaler Beteiligung?),
  - c) private Unternehmen, die im Auftrag der Kommune operativ Dienstleistungen erstellen,
  - d) andere (Wenn ja, welche?)?
  - e) Welche Rechtsform haben diese?
- 7. Wurden der Kommune im Zuge der Privatisierung Zusagen gemacht bezüglich:
  - a) der Beschäftigtenzahlen,
  - b) der Entlohnung der Beschäftigten,
  - c) der Mitbestimmung,
  - d) des Sitzes des Unternehmens,
  - e) der Preisentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger?
  - f) Wie wurden diese Zusagen kontrolliert?
- 8. Wie haben sich seither folgende Sachverhalte entwickelt:
  - a) die Beschäftigtenzahlen,
  - b) Entlohnung der Beschäftigten,
  - c) Preise für die Bürgerinnen und Bürger,
  - d) Sitz des Unternehmens?
  - e) Gibt es in den privatisierten Unternehmen eine Drittel- , paritätische oder gar keine Mitbestimmung?
  - f) Gab es seit der Privatisierung Eigentümerwechsel oder Änderungen in der Eigentümerstruktur?
  - g) Wie hoch waren die Erträge, bzw. die Kosten vor und nach der Privatisierung?
- 9. Sind für die Zukunft weitere (Teil)Privatisierungen vorgesehen?
  - a) Wenn ja, in welchen Bereichen?
- 10. Gibt es inzwischen gegenläufige Bewegungen, also den Versuch, (Teil)Privatisierungen rückgängig zu machen?
  - a) Wenn ja, in welcher Form geschieht die so genannte (Re-)kommunalisierung?
  - b) In welchen Bereichen ist so etwas geplant?
  - c) Welche Beweggründe veranlassten eine (Re-)kommunalisierung?
- 11. Falls der Prozess der (Re)-Kommunalisierung schon abgeschlossen ist, welche Erfahrungen wurden dabei gemacht?

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Siepmann

## Kopie an:

- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Grüne-Fraktion
- FDP-Fraktion
- UWG-Fraktion